

Fachtagung der Kommission Bodenschutz beim UBA in Kooperation mit der evangelischen und der römisch-katholischen Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten  
„500 Jahre Reformation – Auch ein Thema für den Boden?“

***Textbausteine für einen Eröffnungsvortrag Horst Gorski***  
**„Reformation als ‚Erlaubnis‘, sich in die Welt einzumischen –  
Christlicher Glaube und die Politik“**

**5. Dezember 2017, Bundespresseamt Berlin, 10.00 bis 10.30 Uhr**

Demokratie braucht Tugenden. Als Christenmenschen versuchen wir, dazu einen Beitrag zu leisten. Unsere Tugenden, auch die als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, leiten sich letztlich aus unserem Glauben ab. So erbringt der Glaube einen Beitrag für die Gesellschaft.

Dieser Zusammenhang erscheint uns heute so selbstverständlich. Christinnen und Christen haben um den Zusammenhang von Glaube und Gesellschaft aber von Anfang an gerungen und diesen Zusammenhang immer wieder anders und neu definiert. Es gab wohl keine Zeit, in der er nicht strittig war.

Wenn Sie die öffentliche Debatte um dieses Thema in den letzten Jahren ein wenig verfolgt haben, werden Sie vielleicht wissen, dass u.a. Wolfgang Schäuble, engagierter protestantischer Christ und Politiker, sich hierzu mehrfach geäußert und dabei die evangelische Kirche kritisch „angepiekt“ hat. Besonders prägnant hat er sich in einem Beitrag für die Zeitschrift Pastoraltheologie 2016 ausgedrückt:

„Religion ist politisch, aber sie ist nicht Politik. (45)... Von der Reformation kann und muss aber auch der Christ heute lernen, dass Religion, um politisch zu sein, erst einmal Religion sein muss.“ (46)

Um dieser Debattenlage historische Tiefe zu geben, zitiere ich dazu ein berühmt gewordenes Wort Kaiser Wilhelm II. Sein Hofprediger Adolf Stoecker hatte eine christlich-soziale Bewegung gegründet, und in einem Telegramm an Geheimrat Hinzpeter im Jahre 1896 ließ der Kaiser seinem Unmut Lauf: „Politische Pastoren sind ein Unding. ... Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinden kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiel lassen, derweil sie das gar nichts angeht.“ So polterte der Kaiser. Manchmal scheint es mir, als töne die Stimme Kaiser Wilhelms auch heute noch aus dem Off.

Als Jesus direkt gefragt wird, ob man, wenn man ihm nachfolgen will, Steuern bezahlen soll, zeigt er auf das Bild des Kaisers auf einer römischen Münze und antwortet weise, aber auch ausweichend: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“ Das heißt, man soll beide Sphären trennen, sich aber in der Sphäre des Staates ordentlich, gesetzestreu verhalten. Auf dieser Linie liegen auch die Aussagen etwa des Paulus „Jedermann sei Untertan der Obrigkeit, denn sie ist von Gott“ (Röm 13,1, ähnlich auch 1. Petr 2, 13-17).

Beispielsweise wird die Frage erörtert, ob es erlaubt ist, am Sabbat zu heilen oder am Wegesrand Ähren zu pflücken, um den Hunger zu stillen (Mk 2,23-3,6). Die Zielrichtung der Antworten Jesu ist durchgehend, dem Menschen und seinem Leben zu dienen. Er fasst dies zusammen in dem bekannten Satz: „Der Sabbat ist um des Menschen willen gemacht und nicht der Mensch um des Sabbats willen.“ Darin zeigt sich eine Kritik an einer Verselbständigung von Gesetzen, die den Menschen aus dem Blick verliert.

Jesu Ethik geht nie und nirgends einfach in der Logik der Welt auf. Sie steht immer quer dazu. Was auch immer für gute Gründe für eine bestimmte Entscheidung sprechen, die Stimme Jesu, die Stimme des Evangeliums steht quer dazu und ist ein Anstoß, unsere innerweltlichen Logiken in Frage zu stellen, immer neu zu überprüfen.

Im Mittelunkt der Ethik Jesu stehen Gott und Mensch, steht das Gottesverhältnis des Menschen, seine Rettung durch Gott. Aus diesem Verhältnis ergeben sich Konsequenzen für das Verhältnis der Menschen untereinander. Gottesliebe ohne Nächstenliebe ist nicht möglich. Die Nächstenliebe aber ist sehr konkret gemeint, bezieht das leibliche Wohlergehen, seine soziale Absicherung mit ein. Sozialkritik ist dem Evangelium eigen.

Unter diesen Voraussetzungen sieht Luther eine sehr enge Verbindung von christlicher Verantwortung und Bürgerpflicht. Eine entscheidende Formel ist, dass Luther den gesamten Alltag des Christen als **Gottesdienst** bezeichnet. Ob als Hausvater oder Hausmutter, ob als Lehrerinnen und Lehrer, ob als Handwerker, Händler oder Politiker: Den äußerlich gesehen weltlichen „Beruf“ (Beruf hier im weiten Sinne, der jede gesellschaftliche Rolle einschließt), macht Luther vom Glauben her durchsichtig für eine Wirklichkeit „dahinter“, die sozusagen in all unserem Tun immer mitläuft: Wir dienen den Menschen und damit auch Gott.

Luther hat – etwas missverständlich – von „zwei Reichen“ gesprochen, in denen der Christ lebe. Im Reich Gottes, in dem die Bergpredigt gelte, und das Reich der Welt, in dem die staatlichen Gesetze gelten. Dies ist eine spätmittelalterliche Vorform der späteren Trennung von Kirche und Staat. Missverstanden wäre diese Trennung aber, wenn man sie als Aufteilung der Verantwortlichkeit des Menschen gegenüber seinen Mitmenschen und Gott verstehen wollte. Jeder Mensch lebt jederzeit in beiden Reichen, ist Gott und dem Staat gegenüber verantwortlich. So hat Wolfgang Schäuble Recht, aber doch nicht so einseitig: Von der Reformation lernen heißt, lernen, dass der Glaube erst einmal Glaube sein muss, um politisch zu sein. Es heißt aber auch umgekehrt: Lernen, dass es einen unpolitischen Glauben gar nicht geben kann. Von der Reformation lernen, heißt gerade, allen Versuchen zu widerstehen, beides auseinanderzureißen. Der reformatorische Glaube ist untrennbar fromm und politisch, politisch und fromm.

Bewähren musste sich der reformatorische Glaube in den vergangenen 500 Jahren und damit in einem Zeitraum, in den ab Ende des 18. Jahrhunderts das Zeitalter des sog. **Anthropozäns** fällt, dieses Zeitalter, in dem die Menschheit erstmals die Möglichkeit hat, durch ihr Tun völlig neuartige Umweltbedingungen auf der ganzen Erde zu bewirken und sie dadurch zu bestimmen. Im Anthropozän will der Mensch die Ökosysteme umfassend nach seinen Bedürfnissen gestalten: Aus komplex vernetzten Gemeinschaften mit einer hohen Diversität an Pflanzen- und Tierarten wurden seit dem Ende des 18. Jahrhunderts und verstärkt im 20. Jahrhundert einseitige Landschaften von Kulturpflanzen mit einem hohen Verlust an Vielfalt. Dabei spielt der Umgang mit dem **Boden** eine entscheidende Rolle.

Auswirkungen der Umgestaltung sind u. a. die rapide Erhöhung der natürlichen Aussterberate in den Regenwäldern, aber auch hier bei uns auf den quasi industriell genutzten Flächen der Agrarökonomie, die hohe Rate an Bodenerosion weltweit, die Versauerung der Weltmeere, das Sterben der Korallenriffe und die drastische Erhöhung der Nitratkonzentration im Grundwasser durch den Gebrauch von mineralischen Düngemitteln. Weitere Probleme sind die fortschreitende Wüstenbildung (Desertifikation) und der Flächenverbrauch durch Bebauung (Versiegelung). Das während der letzten Jahre weltweit zunehmende „Landgrabbing“ in Entwicklungs- und Schwellenländern zeigt, dass inzwischen ein globaler Verteilungskampf um gute Böden und zum Teil auch um die Nutzung von Wasser begonnen hat.

Gerade angesichts dieser Eingriffsbreite und -tiefe menschlichen Handelns in die Bodennutzung gilt es zu bedenken: Der **Boden** ist die Grundlage menschlichen Lebens. Er ist eine begrenzte, knappe und nicht vermehrbare Ressource. Böden sind äußerst komplexe, aber auch sehr verletzbare Ökosysteme, die unter dem Einfluss von Witterung, Bodenorganismen, Vegetation und vor allem menschlicher Nutzung stehen. Sie haben sich in langen Zeiträumen der Erdgeschichte gebildet und entwickelt. Eingriffe in Böden sind schnell getätigt, aber es braucht Jahre, mitunter Jahrzehnte, damit sie wieder in einen guten ökologischen Zustand versetzt werden können. Mitunter ist das in den Zeiträumen, die wir überschauen können, gar nicht mehr möglich.

Die **christlichen Kirchen** haben in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder **Beiträge** für eine nachhaltige und sozial gerechte Ordnung der Landwirtschaft vorgelegt und sind jeweils auch auf die Rolle des Bodens eingegangen. Davon wird nachher wahrscheinlich im Einzelnen die Rede sein. Ich nenne hier nur die jüngsten Äußerungen der evangelischen Kirche: Die EKD-Synode verabschiedete 2013 eine Kundgebung unter dem Titel „Es ist genug für alle da – Welternährung und nachhaltige Landwirtschaft“, in der sie die Landeskirchen und Kirchengemeinden aufforderte, ihre Vergabep Praxis für Pachtland an den „Ethischen Leitlinien für eine nachhaltige Landwirtschaft“ auszurichten. 2015 äußerte sich eine Studie der Kammer für nachhaltige Entwicklung zur Agrarentwicklung und Welternährung unter dem Titel „Unser tägliches Brot gib uns heute“. Die Kammer nahm dabei Empfehlungen des 2009 erschienenen **Weltagrарberichtes** auf. Vor einem Jahr forderte der „Loccumer Appell zur Verpachtung von Kirchenland“, dass sich die Kirchen der Bedeutung und des Wertes ihres Bodens bewusst sein sollen.

In allen Beiträgen der christlichen Kirchen ist die **ethische Leitperspektive** für eine zukunftsfähige Bodennutzung das **Prinzip der Nachhaltigkeit**, dem sich die Kirchen aus christlicher Schöpfungsverantwortung verpflichtet haben. Nachhaltigkeit wird dabei, im Sinne der Nachhaltigkeits-Definition im Brundtland-Bericht von 1987, als ein regulatorisches Prinzip verstanden, nach dem eine Generation ihre Bedürfnisse befriedigen kann, wenn dadurch die Befriedigung der Bedürfnisse der nachfolgenden Generationen nicht gefährdet wird. Das schließt weiter die Einhaltung der ökologischen planetaren Grenzen dieser Erde ein. Eine nachhaltige Bodennutzung ist also darauf ausgerichtet, die Natur in ihrer ganzen Vielfalt als Nahrungsquelle und Lebensraum zu nutzen und für zukünftige Generationen zu bewahren. Sie schützt Wasser, Boden und Luft und achtet Tiere und Pflanzen als Geschöpfe Gottes.

Die Beiträge der beiden christlichen Kirchen richten sich nicht nur an andere, sondern auch an sich selbst, denn sie sind, zusammen genommen, einer der größten **Bodeneigentümer** in Deutschland. Sie halten nach verschiedenen Schätzungen rund fünf bis sieben Prozent der land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen Deutschlands. In fast allen Landeskirchen gilt, dass Kirchenland nicht verkauft, sondern nur verpachtet werden darf. Die Grundstückskommission der EKD hat bereits 1990 Empfehlungen für Musterpachtverträge erarbeitet und deutlich gemacht, dass ökologische Gesichtspunkte und soziale Kriterien, die das lokale bzw. regionale Umfeld betreffen, berücksichtigt werden sollen.

Bis auf wenige Ausnahmen verbieten inzwischen alle Landeskirchen auf den kirchlichen Flächen die Aussaat bzw. Anpflanzung von **gentechnisch veränderten Pflanzen** und das Ausbringen von Klärschlamm und begründen dies vor allem mit den nicht absehbaren Risiken, also dem Vorsorgeprinzip.

Auch wenn das Thema des Bodenschutzes in den Kirchen bereits seit vielen Jahren im Fokus steht, ist es doch in der Öffentlichkeit und Politik ein nicht sehr bewusst wahrgenommenes Thema.

Mit diesem geringen Interesse der Öffentlichkeit, die diese Berichte und Aktionen gefunden haben, korrespondiert ein Art Blindheit der **Nationalökonomie**, deren herrschende Theorie den Boden einfach nur als Naturkapital betrachtet und damit generell mit anderen Kapitalarten, insbesondere dem von Menschen hergestellten Produktivkapital, aber auch mit dem Geldkapital, vergleichbar macht. Damit „verschwindet“ der Boden im Grunde im Finanzkapital, das bekanntlich beliebig vermehrbar erscheint. Das ist der Boden aber nicht, aber er erscheint in dieser Ökonomie als ein Kapital unter anderen. Wohl registriert die ökonomische Theorie auch negative externe Effekte, also die Belastung der Böden und deren ökologische Zerstörungen, aber sie legitimiert immer wieder kurzfristige hohe Gewinne auf Kosten langfristiger Schäden, und sie erlaubt immer wieder die Spekulation mit Boden als Ware, was die Eigentumsverhältnisse auf dem Land immer ungleicher werden lässt.

Es geht um die sozialen Verteilungswirkungen eines ungerechten Umgangs mit Boden wie auch um die Problemlage der Ökologie. In beiden Hinsichten geht es um den Menschen und seine Zukunft. Sich dabei im Interesse der Menschen zu engagieren, ist, wie wir gesehen haben, Grundelement reformatorischen christlichen Glaubens.

„500 Jahre Reformation – ein Thema auch für den Boden“, Fragezeichen. Ja, Ausrufezeichen.

Insofern danke ich den Veranstaltern für ihr Engagement, dieses Thema einmal gesondert zu behandeln, und freue mich auf die Fachbeiträge.